

Kemberger Zeitung

normales General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagsblatt“ und „Alltäglicher Unterhaltungsbeilage“. — Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 M., durch Post ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Am Falle höhere Bewalt, Betriebsführung Streik usw. erfolgt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die Spaltenweise oder deren Raum 15 Pfg., die gewöhnliche Zeilenweise 40 Pfg., Ausnahmestücke 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiedergabe unentgeltlich geschilderter oder durch Fernsprecher aufgenommener Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Belegabgabe: 10 — 118. das Laufend, zusätzlich Postgebühr. Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 35

Dienstag, den 25. März 1930

32. Jahrg.

Die eingeleitete

Rattenbekämpfung

kann nur nachhaltig wirken, wenn die vollständige Beseitigung des Ungeziefers gelingt. Das bakteriologische Institut bei der Landwirtschaftskammer in Halle hat sich verpflichtet, auf allen noch rattenfreien Gehöften nochmals Rattengiftpräparate auslegen zu lassen und zwar unentgeltlich.

Die in Frage kommenden Gehöftseigentümer bitten wir, Meldungen bis spätestens zum 29. März in der Stadtkreisverwaltung zu erlassen.

Kemberg, den 2. März 1930.

40] Die Kreisverwaltung

Donnerstag, den 27. März, 14 Uhr.

Mütterberatungsstunde

im Bürgerklub

Kemberg, den 21. März 1930.

41] Der Magistrat.

Neues in Kürze.

* Sowohl die englische als auch die französische Presse geben unvoreingenommen die Meinung aus, daß die Londoner Konferenz endlich gelungener sei.

* Auf dem letzten Parteitag der christlichen Zentrumspartei machte Reichsminister Dr. Brücher bemerkenswerte Ausführungen über die Notwendigkeit der Einigung bei dem Youngplan.

* Altes Dementis zum Krieg scheint es noch zu einem endgültigen Zusammenstoß der beiden größten deutschen Schiffschiffahrtslinien, des Norddeutschen Lloyd und der Hapag, gekommen zu sein.

Das deutsche Ostprogramm.

Die Durchführung des deutschen Ostprogramms ist auf zehn Jahre bemessen, und die Hilfsmittel sollen unter finanzieller Beihilfe des preussischen Staates ins Werk gesetzt werden. Insgesamt sind dafür 300 Millionen als notwendig anerkannt worden, von denen erstmalig im Etat 1930 22 Millionen eingelegt worden sind.

Die Hilfsaktion soll sich in der Hauptsache im Rahmen der Ostpreußenhilfe aus dem Jahre 1929 abspielen und neben Ostpreußen die vier pommerischen Kreise Lauenburg, Witow, Stolp und Rummelsburg, die Kreise Jüllinghausen und Friedeberg, Landsberg und Arnswalde der Provinz Brandenburg, die ganze Provinz Grenzmark-Posen-Westpreußen, die niederländische Kreise Guldru, Millich, Ramelsau, Groß-Wartenberg, Clogau, Preßnitz und Grünberg, sowie ganz Oberhessen umfassen. Im Nordwesten Deutschlands treten noch die Landkreise Sildt, Nord und Flensburg und der Stadtkreis Flensburg hinzu. Darüber hinaus soll Preußen veranlaßt werden, sich besonders der Not im Waldenburger Revier anzunehmen.

Die Landwirtschaft gilt als das Schlüsselgewerbe der ostpreussischen Volkswirtschaft. Dementsprechend wird sich die Hilfsaktion vorwiegend mit der Behebung der Notlage der Landwirtschaft befassen. In erster Linie ist eine Umschuldungsaktion als notwendig bezeichnet worden, und zwar in gleicher Höhe wie die Umschuldungsaktion für Ostpreußen im Jahre 1929. Ferner soll die in Ostpreußen mit der Umschuldung verbundene Förderung von Viehzucht und Anliegerziehung auch für die genannten Gebiete weitergeführt und vergrößert werden.

Sodann ist eine großzügige Kredit- und Grundstücksregulierung für die diesseits des Korridors liegenden Grenzgebiete vorgesehen. Man erwartet, daß Preußen nicht nur angemessene Mittel aus den Domänen- und Fortankäufen bereitstellen, sondern auch Stützkaufleute vornehmen und für diese, wie für die Instandhaltung von Landgütern Beträge bis zu 6 Millionen Mark aufbringen wird. Unter dieser Voraussetzung würde das Reich etwa 12 Millionen Mark an Zuschüssen und Bereitstellung von Reichsdarlehensmitteln von etwa 60 Millionen Mark sichern.

Für die Grenzmark-Posen-Westpreußen und Oberhessen ist je eine Million etwa in Form vorläufiger Zuschüsse oder als niedrig verzinsliche Kredite zur Erhaltung dauerlicher Betriebe vorgesehen. Den Grenzstellen diesseits des Korridors soll ferner eine Lastenentlastung analog der in § 3 des Ostpreußenhilfsgesetzes zuteil werden. Die dafür in Aussicht genommenen Beträge von rund 7 Millionen sollen zur Ermäßigung kommunaler Lasten für die einzelnen landwirtschaftlichen Betriebe gewährt und an die mit der Kommunalverwaltung befaßten Stellen unmittelbar überwiesen werden. Die Lastenentlastung soll wie in Ostpreußen zunächst auf die ersten drei Jahre erstreckt werden.

Die Grenzmark-Posen-Westpreußen und Oberhessen leiden besonders unter einem Verfall der Bauwirtschaft. Daher soll für diese Gebiete einmalig je eine Million zur Erhaltung dieser Besetzungen bereitgestellt werden. Auch zur Instandhaltung von Wohnungen in Stadt und Land besonders in Hinterpomern, in der Grenzmark-Posen-Westpreußen und im maurischen Seengebiet sollen für zehn Jahre größere Beträge verfügbar gemacht werden.

Neben allen diesen Maßnahmen sollen dann in zweiter Linie produktionsfördernde Hilfen angestrebt werden, und zwar in bezug auf Förderung des Unterrichtswesens, der Winterhilfen sowie der Betriebswirtschaften. Für die Pflege der Grünlandwirtschaft, die Förderung des Obst- und Gartenbaus, die Unterhaltung des Meliorationswesens werden für die Grenzgebiete rund 13 Millionen benötigt. Weitgehende Verklärung der Landarbeiterwohnungen dienen der Beschäftigung von Landarbeitern und der bevölkerungspolitischen Verklärung, was aus nationalpolitischen Gründen außerordentlich dringend erscheint.

Am Verkehrswesen wird eine einmündige Umstellung vorbereitet. Die bisherige Ost-West-Verbindung ist durch den Korridor in eine Nord-Süd-Verbindung gedrängt worden, zu der das vorhandene Bahnen- und Straßennetz auch nicht im entferntesten ausreicht. Der 15. Reichstagsausschuß hat bereits für den Osten den Neubau von neuen Eisenbahnlinien vorgeschlagen. Da die deutsche Reichsbahn-Gesellschaft eine entsprechende Finanzanlage aufweist, wird die Durchführung des Bauprogramms durch beherrschendes Reichsgesetz in der Weise gesichert werden, daß das Bauwerk durch den Reichsbahn-Gesellschaft in Ostpreußen, Schleswig-Holstein, in Niederhessen und in der Grenzmark unterläßt werden. Ebenso wichtig ist die Wiederherstellung des durch die Grenzziehung zersetzten Straßennetzes. In den nächsten zehn Jahren sollen noch über 7000 Kilometer Straßenstraßen mit einem Gesamtaufwand von rund 400 Millionen Mark ausgebaut werden. Eisenbahn- und Wegbau haben insofern ihre besondere Bedeutung, als dadurch für lange Jahre die Erwerbslosigkeit in diesen Gebieten behoben und die Landflucht verhindert wird.

Von großer Wichtigkeit ist die Förderung der Elektrizitätsversorgung für die ganze Ostgrenze, mit dem dafür angelegten Gesamtbedarf von 26 Millionen Mark. Auch das Gewerbe soll durch Beschaffung von Maschinen für Landmaschinenreparaturturke und durch den Ausbau von Maschinenbauwerkstätten gefördert werden.

An kulturellen Leistungen soll das Schrifttum, den Ausbau der Frauenkassen an der Universität Königsberg, die Erweiterung des Tierärztlichen Instituts in Königsberg sowie den Ausbau des Chemischen Instituts in Breslau enthalten. Daneben soll das Volkshochschulwesen, das höhere Schulwesen durch Erziehung von Internaten und das Volkshochschulwesen durch den Ausbau zahlreicher Volkshochschulen gefördert werden.

Neuer Brief Severinos nach Weimar.

Ministerialdirektor Menzel soll antworten.

— Berlin, 22. März.

Der Reichsminister des Innern hat an das Thüringische Staatsministerium in Weimar folgenden Brief gerichtet:

„Ihr Schreiben vom 20. März 1929 — R. 108/30 —, in dem Sie meine Anfrage vom 17. Februar 1929 beantworteten, und zu den Mitteilungen meines Schreibens vom 18. März 1930 Stellung nehmen, ist heute früh in meine Hände gelangt. Daß das letztgenannte Schreiben erst nach seiner Übersetzung durch Rundfunk und Presse bei Ihnen eingegangen ist, kann ich nicht sagen. Das Schreiben ist, wie der Stempel des Einlaufschreibens ausweist, am 18. März um 20.00 bis 21.00 Uhr bei der Post abgegeben, die Presse aber erst am 19. März mit dem Bericht veröffentlicht worden. Die Verbreitung durch den Rundfunk ist nicht veranlaßt.“

Wenn Form und Inhalt meines Schreibens Sie außerordentlich befremdet haben und wenn Sie glauben, daß ein derartiges Vorgehen bisher im Verkehr zwischen Reich und Ländern nicht üblich war, dann habe ich zu erwidern, daß mein Schreiben nur die einzig mögliche Antwort

darstellte auf das Vorgehen, das von dem Mitglied des Thüringischen Staatsministeriums behauptet wurde und das in der Tat bisher im Verkehr zwischen Reich und Ländern nicht üblich war. Meine Anfrage vom 17. Februar 1929 ist durchaus verteilungsfähig behandelt habe, ist nicht nur veröffentlicht worden, sondern Staatsminister Fried hat in einer öffentlichen Redeformel dem Reich erklärt, daß ich auf eine Antwort lauern würde.

Es würde mich außerordentlich freuen, wenn Sie auch nur einen Augenblick dem Gedanken Raum gegeben hätten, daß die Reichsregierung sich eine derartige Behandlung gefallen lassen würde.

Daß ein Befehl des Thüringischen Staatsministeriums, mein Schreiben vom 17. Februar 1929 zu beantworten, nicht vorlag, hätten Sie Ihrem Ministerialdirektor Menzel mitteilen sollen, als Ihnen der Inhalt meines Schreibens bekannt wurde. Meine Anfrage vom 17. Februar 1929 ist ein rein nationales Staats-

ministerium und nicht an Herrn Fried gerichtet. Und wenn Herr Fried der Befehlshaber des Staatsministeriums wie er es getan — nicht, dann lag es bei Ihnen, Herrn Fried gegenüber das Erforderliche zu veranlassen. Mir ist nicht bekannt geworden, daß Sie Herrn Fried über die Sachlage befragt haben, und darum haben Sie sich in die Zwangslage gebracht, das Thüringische Staatsministerium mit Herrn Fried zu identifizieren.

Durch die Mitteilung Ihrer Feststellung über den Bau von „Häusern und Hallen“, mit der meine Anfrage vom 17. Februar 1929 beantwortet worden ist, ist zugleich der übliche amtliche Verkehr zwischen dem Thüringischen Staatsministerium und meiner Abteilung wiederhergestellt. Soweit im Akt des laufenden Etatsjahrs für Thüringen noch Fondsmittel in Betracht kamen, können Zahlungen jedoch nicht mehr geleistet werden, da über die betreffenden Fonds inzwischen reiflich verfügt worden ist. Ob und inwiefern im nächsten Etatsjahre Mittel aus Fonds meines Ministeriums zur Verfügung gestellt werden können, ist von der Beschlußfassung der gegebenenfalls kompetentesten und der weiteren politischen Entwicklung abhängig.

Was die Frage angeht, ob die Voraussetzungen für die Gewährung eines Reichsdarlehens für Polizeizwecke von Seiten des Thüringischen Staatsministeriums noch vorliegen, so erlaube ich mich damit einverstanden, Untersuchungen zur Klärung dieser Frage anzustellen.

Als meinen Vorschlag zur Milderung an dieser Unternehmung nach Artikel 7 der Grundgesetz, benenne ich den Ministerialdirektor Menzel, den Leiter der zuständigen Abteilung im Staatsministerium des Innern, den Sie von der Unternehmung eines Termins für den Beginn der Untersuchungen genehmigt benachrichtigen wollen. Bis zum Abschluß der Untersuchungen bleibt es selbstverständlich bei der in meinem Schreiben vom 18. März mitgeteilten Anordnung.

Auf die Ausführungen im Schlußabsatz Ihres Schreibens eingegangen, liegt für mich umso weniger Anlaß vor, als die von Ihnen erwähnten Presseausgaben meine Befehlsstellungen nicht veranlaßt haben. gezeichnet Severino.“

Ein Aufruf der Thüringer Regierung.

— Weimar, 22. März.

Das Thüringer Gesamtministerium erließ einen Aufruf an das Thüringer Volk, in dem es u. a. heißt: „Als im Anfang dieses Jahres die Landesregierung die Regierungsgeschäfte übernommen hatte, gab sie das Verprechen ab, alles daran zu setzen, um die von der Mehrheit aller Thüringer gewünschte politische Selbständigkeit des Landes zu erhalten. Inzwischen sind wichtige Geleise zu der notwendigen Finanz- und Verwaltungsreform vorbereitet und dem Landtage angelegt worden.“

„In diesem Zeitpunkt strengt und verantwortungsschwerer Arbeit um die Lebensinteressen des Thüringer Volkes unter dem Vorzeichen der sozialdemokratischen Partei angeordnete Reichsminister Severino, ohne jede halbe Begründung und unter Missachtung der getroffenen Vereinbarungen in den geistlichen Fortgang der Thüringer Regierungsgeschäfte eingegriffen und kündigt in einem Schreiben an die Landesregierung die Zurückhaltung von beträchtlichen dem Landes zuzuführenden Mitteln an.“

Wenn sich die Landesregierung mit dieser Eingebung an die Öffentlichkeit wendet, weiß sie sich in der Zurückweisung dieser Angriffe einer mit der haimatverrauchenden Thüringer Bevölkerung. Sie tritt das Thüringer Volk um Gelobnis und Treue in dem festen Willen, alle Angriffe auf die Ehre, das Ansehen und die Freiheit des Heimatlandes abzuwehren.“

65 Millionen für die B33.

Deutschlands Sondererlangen.

— Berlin, 22. März.

Nach dem Saager Abkommen hat sich die deutsche Regierung verpflichtet, während des Zeitraumes bis zum 31. März 1930 bei der Bank für internationale Zahlungsverkehr ein unverzinsliches Guthaben von 50 Prozent des verbleibenden Durchschnitts Guthabens des Reichsbankers Annullations-Kontos mit der Maßgabe zu unterhalten, daß dieses Guthaben 100 Millionen Mark nicht übersteigen darf. Die erste Einlage wird die deutsche Regierung 15 Tage nach dem Inkrafttreten des Neuen Planes an die Bank zahlen.

Der Treuhändervertrag zwischen der Bank und den Gläubigerregierungen besitzet die Mindesteinlagen, die diese Regierungen auf dem Annullations-Konto verbleiben lassen, mit 125 Millionen Mark. Alle diesen Betrag übersteigenden Einnahmen können von den genannten Regierungen abgehoben und bei der Bank verzinslich oder sonstwie angelegt werden. Wie die Weltmeinung sich in der Praxis auswirken werden, kann man derzeit noch nicht übersehen.

Das Reich wird mindestens 62,5 Millionen einlegen haben, während die Höchsteinlage 100 Millionen Mark beträgt.

Es wird damit gerechnet, daß für 1930 die Aufbringung eines Betrages von 65 Millionen Mark genügt. Ein solcher Betrag ist deshalb, auch im Kriegsaltenetat angeordnet. Für den Fall einer höheren Einlage ist im Haushaltsgesetz die Ermächtigung zur Erhöhung des Annullations-Kontos ebenfalls bis zum Höchstbetrage bis zu 100 Millionen Mark vorgesehen.

Die Reichspost als Auftraggeber.

Tätigkeitsbericht für 1929.

Berlin, 22. März.

Dem Reichstag ist vom Reichspostministerium seinen ein Tätigkeitsbericht für 1929 vorgelegt worden. Aus ihm geht hervor, daß das letzte Jahr im Zeichen des weiteren Ausbaues der in Organisation, Verwaltung und Betrieb in den letzten Jahren eingeleiteten und durchgeführten Reformmaßnahmen stand. Ende 1929 waren 45 v. H. aller Hauptanstalten an selbstständig betriebene Vermittlungsstellen herangeführt. Auf den Gebieten der Mechanisierung, Normung und Typung zeigte sich ein reges Fortwärtstreben.

Im Rahmen der Betriebsbedürfnisse konnten umfangreiche Vervollständigungen an die allgemeine Wirtschaft gegeben werden, die der Wirtschaftsentwicklung weitestgehend entgegenkamen. Die Vervollständigung der Reichspostverwaltung auf wirtschaftliche Bedürfnisse des deutschen Ostens sowie der besetzten und der sonstigen Grenzgebiete wurden durch Vergebung von namhaften Aufträgen wirksam unterstützt. Der Gesamtverkehr hat sich im allgemeinen zufriedenstellend entwickelt.

Die D. V. P. in Mannheim.

Beginn des Reichsposttages.

Mannheim, 22. März.

Der Andrang zu dem in Mannheim beginnenden Reichsposttag der Deutschen Volkspartei ist angesichts der politischen Lage diesmal besonders groß. Alle Reichsteile haben Vertretungen entsandt. Die Parteiveranstaltungen wurden durch die Sitzung des Zentralvorstandes eingeleitet, an die sich am Sonnabend der eigentliche Parteitag angeschlossen. Der Zentralvorstand trat am Freitag vormittag zusammen.

Der Parteivorstand Dr. Scholz

eröffnete die Sitzung und begrüßte unter lebhaftem Beifall die Witte des nationalliberalen Führers Wallermann.

In seinem Ueberblick über die politische Lage betonte er, daß die Partei mit Ueberzeugung der Außenpolitik ihres unangeführten Führers Dr. Stresemann gefolgt sei, und daß auch die innerpolitischen Ziele, für die sie jetzt kämpfe, rein sachlicher Natur seien. Zentralvorstand und Parteitag schloßen unter der Erinnerung an den großen Nationalliberalen Wallermann, der ein Politiker von wahrhaft nationaler, liberaler und sozialer Empfinden gewesen sei.

Entschließung des Zentralvorstandes.

Der Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei faßt folgende Entschließung:

Der Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei stimmt den Ausführungen des Parteiführers und Vorkämpfers der Reichspostaktion zur politischen Lage zu. Der Zentralvorstand billigt die Beschlüsse des Reichsausschusses und der Reichspostaktion vom 2. März und erwartet, daß die Reichspostaktion daran unerbittlich festhalten wird und somit dem Parteiführer und der Fraktion sein Vertrauen aus.

Youngplan-Vorberatung in Paris.

Vorbereitung bis 6. April.

Paris, 22. April.

Der Vorkämpfer des Auswärtigen Ausschusses Paul Boncour wie in der französischen Kammer auf die Dringlichkeit der Beratung der Haager Abmachungen hin. Er hätte nicht dagegen einzumenden, daß der Vorkämpfer sofort wegen seiner finanziellen Auswirkungen dem Finanzausschuss überzogen werde.

Ministerpräsident Tardieu schloß sich den Ausführungen Paul-Boncours an. Der Gesetzesvorschlag sei vor allem finanzieller Natur, denn es handle sich darum, das Gegenwärtige für das in der Vergangenheit verabschiedete französische Schuldenabkommen zu schaffen. Die politische Seite stelle die Verpflichtung der Rheinlanddrängung dar. Der Youngplan, so betonte Tardieu, sei der Erfolg für ein System, das die deutschen Reparationszahlungen hätte sichern sollen. Zur Wirksamkeit werde er jedoch erst an dem Tage, an dem der erste Schritt der Reparationen in der Definitivität unterzeichnet ist. Um diese Unterzeichnung im Mai vornehmen zu können, müsse die Kammer alles daran setzen, daß der Gesetzesvorschlag bis spätestens 6. April verabschiedet werde.

Seine blinde Frau

Originalroman von Gert Rottberg.

Radgedruckt verboten.

Karl Heinz von Eschingen besetzt sich noch einmal im Spiegel seines eleganten Zimmers. Der Diener steht mit Hut und Handschuhen hinter ihm. Karl Heinz greift danach, seine hohe Gestalt sieht vornehm und elastisch aus. „Na, wollen mal sehen, was die Tante von mir will.“

Er besetzt ein Auto und fährt auf das Schloß, wo seine Tante, die verwitwete Baronin von Eschingen wohnt. Er wird bereits erwartet. Der Diener geleitet ihn hinaus an den mattgrünen Canal. Dort wird er von einer vornehm-namen Dame herzlich begrüßt. Sie ist förmlich erfreut, daß er so schnell gekommen. Dann zieht sie ihn zu sich nieder. Der Diener erhält Auftrag, eine Erfrischung zu bringen. Dann begrüßt er ihn, dafür zu sorgen, daß hier nicht gehört werden, denn sie habe eine wichtige Unterredung mit ihrem Neffen.

Als der Diener hinausgegangen, ergriff die alte Dame beide Hände des vor ihr Sitzenden und hielt ihn zärtlich an.

„Karl Heinz, mein Junge, ich muß heute in einer sehr wichtigen Angelegenheit mit dir sprechen. — Also wie du weißt, vertritt ich mich schon lange das Herz, daß du nach meinem Tode leer ausgeben sollst.“

Er winkt ab, während sich sein Gesicht finster zusammenzieht.

„Doch doch, Tante, was rührst du daran. Daniels Testament ist unumstößlich. Das wissen wir ja und ich finde es nicht einmal so ungerecht. Denn ich, Tante, ich bin gesund, während Jutta blind ist, blind für immer. Und sie ist eine Waise. hätte Daniel sie nicht zu seiner Erbin eingesetzt, so wäre sie doch noch mehr zu bemitleiden. So ist sie wenigstens vor Sorgen geschützt. Trosthem — ich hielt es nicht aus, blind zu sein, dann lieber tot. Und mit was für einer Engelsgebildet hat Jutta ihr Unglück. Da ist sie ja übrigens.“

Im selben Sinne sprach der Vorkämpfer des Finanz Ausschusses, Malton, der erklärte, der Finanz Ausschuss werde die Beratung der Youngpläne möglichst beschleunigen.

Für oder gegen den Plan.

In der Kammer schloßen sich allmählich die Gruppen, die für oder gegen die Annahme des Youngplanes sind, heraus. Die Radikalen und die Sozialisten werden zum Zentrum. Um ihre Haltung festzulegen. Nach dem Ereignissen am Mittwoch im Finanz Ausschuss der Kammer ist man in politischen Kreisen der Auffassung,

daß die Radikalen, die ursprünglich für den Youngplan stimmten wollten, sich nunmehr der Stimme enthalten oder dagegen stimmen werden. Die Sozialisten werden geschlossen gegen die Haager Abmachungen Stellung nehmen, ebenso die 20 Mitglieder des jüngsten rechten Marin-Ausschusses.

Man sieht insbesondere schon jetzt einen härteren Kampf bei der benötigten Abstimmung voraus und rechnet mit nur geringer Mehrheit der Reinerwartungen.

Haushalt des Ernährungsministeriums.

Die Stützung der Schlachtviehmärkte.

Berlin, 23. März.

Zur Fortsetzung der Maßnahmen am dem Gebiet der landwirtschaftlichen Betriebsumstellung und Absatzförderung sind 5,5 Millionen Mark bereitgestellt. Zur Durchführung des auf fünf Jahre berechneten Programms der Betriebsumstellung sind 100 Millionen erforderlich. Für das Jahr 1930 wird die zweite Rate in Höhe von 18,5 Millionen Mark angefordert. Die Mittel sollen u. a. dienen zur Durchführung der neuen Zinsverbilligung, Maßnahmen für Vollerwerbbarkeiten, für die Viehpfermentung, für die Verwertung von Gemüse und Obst.

Zur Förderung der Bewegung der Getreideernie sind für das Rechnungsjahr 1930 7,5 Millionen Mark angefordert. Die Summen entfallen den Maßnahmen des Reiches infolge der Zollerhöhungen. Gegenüber dem Vorjahre sind 3,75 Millionen Mark mehr angefordert worden. Zur Stützung der Schlachtviehmärkte werden in diesem Jahre noch 8 Millionen angefordert. Diese Mittel gelten im besonderen der Stabilisierung der Schweinepreise. Für das Jahr 1930 wird geplant, für den gleichen Zweck 8 Millionen und vom Jahre 1932 ab 10 Millionen zur Verfügung zu stellen.

Moratoriumsmöglichkeiten.

Berechnungswerte Ausführungen Briths.

Wien, 23. März.

In Wien trat der Parteiausschuss der rheinischen Zentrumspartei zu einer Tagung zusammen. Reichsminister Dr. Wirth sprach eingehend über das Haager Vertragswerk. Er garantierte noch einmal die wirtschaftliche und politische Unverletzlichkeit der französischen Ultimatum und erinnerte daran, daß man sich mehrmals in Laufe der Nachkriegszeit politischen Diktaten in der Hoffnung gefügt habe, daß die weltwirtschaftliche Vernunft über politische Leidenschaftlichkeiten hinwegsetze.

In seinen weiteren Ausführungen ging Dr. Wirth auf einen Vergleich von Dawospian und Youngplan ein. Im Neuen Plan habe man die Möglichkeit, aus eigenem Recht und nicht unter Kontrolle eines fremden Agenten zu erklären, daß der Augenblick gekommen sei, wo Deutschland im guten Glauben die Transaktion einstelle. Wenn man ein Transmemorandum erkläre, dann werde allerdings später ein Augenblick kommen, wo man verpflichtet ist, nicht nur die laufenden Zahlbeiträge aufzubringen und zu transferieren, sondern auch die rückständigen Beträge. Das sei einer der kritischsten Punkte des Youngplanes.

Eine juristisch einwandfreie Formel, daß der Youngplan im Sinne einer Erhebung der Jahreszahlungen abgeändert werden könne, sei allerdings nicht vorhanden; dagegen enthalte der Youngplan eine Sonderbestimmung über die Zahlungen unserer Gläubiger an Amerika, wodurch ein ganz neues Element in den Plan eingeführt worden sei. Es ist ein unerwarteter Vorgang, daß trotz des 14 Punkte Wilsons wir nicht nur die einseitigen Reparationszahlungen, sondern auch die Schuldenzahlungen der Alliierten an Amerika aufzubringen hätten.

Er stand auf und trat zum Fenster. Vorkämpfer ging eine schlanke Wüdhengestalt auf dem festgelegten Wege dahin. Die Sonne schien warm und freundlich. Die Blumen blühten in bunter Pracht. Das arme junge Mädchen sah nichts davon. Unter dem Schleiher, der das Gesicht fast ganz verdeckte und den Jutta immer trug, spielte ein Sonnenstrahl mit einer goldenen Locke. Vor den Augen trug Jutta eine blaue Brille. Sie wollte die Menschen nicht mit den toten, glanzlosen Augen erschrecken.

Das fräugliche Bild rührte Karl Heinz unfassbar. Er wandte sich ab, als er sah, wie die Blinde die schlanken, kleinen weißen Hände zu Hilfe nahm und sich die Stufen nach dem Pavillon hinaufstappte. Und diesem armen Geschöpf sollte er das ihm zugefallene Erbe neiden? Niemals.

„Tante, bitte, sprich mit mir nicht mehr darüber. Ich gönne Jutta von Herzen, daß sie sorglos leben kann. Ich bin gesund und stark und ich werde mich schon durchschlagen.“

Da trat die alte Dame zu ihm. „Karl Heinz, ich habe Jutta auch lieb. Aber auch dich und ich weiß, wie du schon als Junge an Schloß Eschingenwalde gehangen hast. Das tut jetzt auch nichts zur Sache. Jutta wird in einigen Tagen sechzehn Jahre alt. Das Testament des Onkels enthält noch eine Bestimmung.“

Karl Heinz sah seine Tante erkannt an. „Was ist denn da noch?“

Sie nahm seinen Kopf in beide Hände. „Du sollst Jutta heiraten.“

„Du sollst Jutta heiraten.“ „Ich? Jutta heiraten? Was fällt dir ein?“

„Sie nicht.“ „Es erwidert dich selbstverständlich, dein junges, kraftstrotzendes Leben an die Blinde zu binden. Aber ich, Jutta, Jutta Schwermut läßt darauf schließen, daß sich die Krankheit der Augen nach dem Gehirne zieht. Der Gehirnentzündung gibt der armen Jutta nur noch wenige, höchstens zwei bis drei Lebensjahre.“

Karl Heinz sprang auf. „Und ich soll auf der Armen Tod warten?“

Die Flottenkonferenz tot.

Vertagung auf sechs Monate?

London, 23. März.

Sämtliche Morgenblätter veröffentlichen ausführliche Berichte ihrer diplomatischen Mitarbeiter, die alle auf den Ton abgehimmt sind, daß die Flottenkonferenz tot sei. Für eine Vertagung der französisch-italienischen Meinungsverschiedenheiten bestehe keinerlei Hoffnung mehr. Es ist auch in hohem Grade unwahrscheinlich, daß noch weitere Anstrengungen in dieser Richtung gemacht werden würden. Der Konferenz verleiht damit nur noch der Ausweg, eine geeignete Form zu suchen, um den Beschluß der Welt möglichst zu verfehlen. Die englische Presse gibt sich nur noch geringe Mühe, zu verbergen, wie unbefriedigt dieses Ergebnis der langwierigen Verhandlungen auch für England sei. Der stimmungsmäßige Umwandel zu Gunsten Italiens und in demselben Ausmaß zum Nachteil Frankreichs sei wieder unverkennbar.

Die Pariser Morgenblätter stellen ebenfalls fest, daß in den Londoner Verhandlungen nichts eingetreten sei, das die Hoffnung auf eine günstige Entwicklung der Konferenz gerechtfertigt erscheinen ließe. Die von Macdonald unterbreitete Verberühmungsformel scheine die Amerikaner keineswegs begeistert zu haben. Es gebe in London zwei Gruppen: Diejenigen, die den Bau notwendig haben und Gattiffe bauen wollen — hierzu gehörten Frankreich und die Vereinigten Staaten — und die andere Gruppe, die nicht bauen möchte — dies sind England, Italien und Japan. Das „Echo de Paris“ berichtet aus London, daß der vor acht Tagen angedeutete Schritt zwischen Amerika und Japan in jedem Augenblick ausgesetzt werden könne, wenn Japan die amerikanischen Angebote ablehne. Unter diesen Umständen überlege man es sich ernstlich, die Worten der Konferenz mit Anmut und Würde zu schließen. Die Italiener hätten sich ganz klar für eine Vertagung auf sechs Monate ausgesprochen. Hochgehaltene englische Politiker dächten nicht anders. Eine Vertagung hätte wenigstens den Vorteil, die unglückliche Auseinandersetzung zwischen Frankreich und Italien zu beenden, die Macdonald und Hoover in ihrer Relativität Frankreich aufgezwungen hätten.

Pünktliche Rheinlanddrängung

Paris, 24. März. In der gemeinsamen Sitzung des Kammerausschusses für Auswärtiges und für Finanzen, haben sich Ministerpräsident Tardieu und Außenminister Briand, einer Meldung des Populaire zufolge, auf die Anfrage des sozialdemokratischen Abgeordneten Grumbach wegen der Räumung aus:

„Frankreich hat keinen Grund, die Rheinlandbesetzung zu verlängern. Alles geklärt mit zu erklären, daß die Räumung des Rheinlandes zum vorgesehenen Zeitpunkt beendet sein wird, es sei denn ein nicht vorher zu sehender Umstand tritt ein, beispielsweise die Vertagung des Parlaments, den Young-Plan zu ratifizieren, damit der für die Räumung festgesetzte Zeitpunkt geändert werden könne. Die Ratifizierung ist die einzige notwendige Bedingung, damit der Räumungseffekt eingeleitet wird. Meinerseits glaube ich zu wissen, daß der Reichsausschuss bereits sämtliche notwendigen Maßnahmen getroffen hat, um die Räumung durchzuführen.“

Auf die präzise Frage des Abgeordneten Franklin-Bouillon, ob das Rheinland vor dem 30. Juni geräumt werden würde, habe Briand kurzgehandelt erklärt: „Ja, die Räumung wird zu diesem Zeitpunkt beendet sein.“

Auf eine Frage, was die Worte des Saager Abkommens von der Wiedererlangung der Aktionsfreiheit der Mächte im Falle eines Schiedspruchs des Saager Gerichtshofes, der eine Verletzung Deutschlands bedeuteten, amortierte Ministerpräsident Tardieu, man müsse in diesem Fall auf das Bistandigen Bezug nehmen, das die Bedeutung dieser Aktionsfreiheit definierte. Auf eine neue Frage eines Abgeordneten, ob diese Formel eventuelle Wiederbesetzung des Rheinlandes in sich schloße, antwortete Tardieu, daß die Aktionsfreiheit Frankreichs einen völlige ließe. — Der Kammerausschuss für auswärtige Angelegenheiten tritt zusammen, um den Bericht des Abgeordneten Soulier über den Young-Plan entgegenzunehmen.

Alle Berufs-, Unterhaltungs- und Mode-Zeitschriften

liert Richard Arnold, Buchhandlung, Leipzigerstr.

Warten? Nein. Du gehst nach der Hochzeit in die Welt hinaus. Willst du Eschingenwalde selbst bewirtschaften, so mußt du so wie im den geliebten Colbatenrod ausziehen. So nimmt du nun deinen Abschied etwas ab. Es braucht auch noch nicht die andere Seite des Horizonts zu sein. Jutta bleib hier. Sie ist still und mundlos. Sie acht, daß der kein langes Leben beschließen ist. Und das was wichtigste ist, Karl Heinz, Jutta ist voll und ganz mit deiner Zeit einverstanden.“

Karl Heinz sieht seine Tante fassungslos an. „Sie — ich einverstanden?“

„Ja.“

Karl Heinz traut sich mit beiden Händen über die Stirn. „Tante, ich kann da so schnell keinen Entschluß fassen. Daß mich ein paar Tage nachdenken.“

„Sollst du auch, mein Junge.“

„Könnte ich Jutta heute noch sprechen?“

„In dieser Angelegenheit, Karl Heinz?“

„Nein, Tante, ich glaube nicht. Aber es drängt mich plötzlich, Jutta etwas Liebes zu sagen.“

Sie nickte. „So geh, sie ist um diese Zeit meist im Pavillon.“ Er ging.

„Auf Wiedersehen beim Abendbrot!“ rief ihm die alte Dame nach.

Karl Heinz ging hinüber über die blumengeschmückte Veranda hinaus in den Garten. Ein Hü und Ser war in ihm, das er sich nicht zu beuten mußte. Die Sonne fiel in warmen Strahlen quer durch den Garten. Er blieb stehen und sah sich um. Gewiß, die Tante hatte recht. Er hing mit Leib und Seele an dem schönen Gute. Schon in seiner Kindheit war es ihm eine Heimat gewesen. Heimlich war er von der Hoffnung besetzt, daß es ihm einst zufallen würde. Alles jetzt konnte er doch dem Onkel nicht grollen, der diese Hoffnung unsichtbar gemacht hatte.

(Fortsetzung folgt.)

Aus der Heimat und dem Reich.

Remberg, den 24. März 1930

Esp. Schulangst der Schullehrer. Der Evangelische Elternbund in Brod, Sachsen schreibt uns: „Nachdem die Kinder die Schule kennen lernen können, sind sie vielfach in einer Angst vor der Schule, die sich auch auf das Elternhaus überträgt. Durch allerlei trübselige Drohungen hat man die Kinder eingeschüchtert und ihnen den Lehrer unheimlich gemacht. Die Folge ist, daß sie mit Widerwillen an die Schule denken und mit Zittern und Zagen den ersten Schultag antreten. Die Eltern sind in den Elternkreisen auch die unzutreffende Meinung verbreitet, es sei wünschenswert, wenn das Kind schon einige Kenntnisse in die Schule mitbringe. Nicht selten rühmt sich der Elternstolz gemisser Leistungen, die dem Kinde eingeblüht sind. Es braucht nicht betont zu werden, daß solche Spielerei höchst müßig ist. Viel besser ist es, wenn die Eltern mit ihren Bemühungen dem Lehrer nicht vorgreifen und lieber später im Besonderen mit ihm für die geistige Entwicklung des Kindes Sorge tragen. Es ist uns evangelischen Eltern überaus viel an einem Vertrauensverhältnis zu den Lehrern unserer Kinder gelegen.“

Am Sonnabend mittag gegen 2 Uhr geriet auf der Straße Gusch-Pratau am Bahnhofsberg das Auto des Geschäftsführers der Cementwerke Remberg J. Krüger in Brand. Wie durch ein Wunder konnte sich der Sohn deselben, der das Auto lenkte, wenn auch mit einigen Brandwunden retten.

Kein Geld in Briefen! In der Zeit der Konfirmation und Kommunion hat mancher seinen lieben Angehörigen oder Freunden ein Geschenk zugebacht, häufig in Gestalt eines Geldbetrages. Leider werden noch immer Geld und geldwerte Gegenstände in gewöhnlichen Briefen verschickt. Briefkastenräuber sind sehr oft nahhafte Geldbeträge in die Hände gefallen. Die Post liefert für Verlust oder Verabreichung gewöhnlicher Briefe keinen Ersatz, aber auch die Verwendung von Geld in Einschreibbriefen ist nicht zu empfehlen. Geht ein derartiger Brief verloren, so erhält der Absender bis 40 Mark Ersatz. Wird ein Einschreibbrief nur seines Gehalts beraubt, so ist die Post nicht ersatzpflichtig. Daher sollte Geld nur mit Zahlung oder Botenweisung, unter Umständen im Geldbrief verschickt werden.

Gegen die Krähensplage. Gemäß einem Abereinkommen der großen Sägereiorganisationen soll in diesem Jahre einseitig die Befämpfung der Krähensplage durch Auslegen von Giftködern durchgeführt werden. Man hofft, aus in diesem Jahre mit der Vernichtung der Krähe, die als der größte Feind der Jungghänse und des Wildgeflügels betrachtet wird, Erfolg zu erzielen.

Müßiger der Zugvögel. Im Februar sind von den Zugvögeln außer dem Fuluß bereits die Feldlerche, Gabelweib, Ringelgans und der Rebhuhn zurückgekehrt. Zu den Ankömmlingen im März gehört die kleine Bekassine, die Feldschnepfe, das Hausrotschwanz, der Turmfalke und die Eingroßel. Anfang April ziehen der Weidewohli, die Rauchschwalbe, die große Rohrdohle, die Kuckucke ein. Es folgen Grasmücke, Gartenrotschwanz, Nachtigall, Nachtigall, Goldammer und Wendehals. Ende April kommen Kuckuck, Hausgans, die kleine Rohrdommel und der Schilfrohrsänger. Die letzten Vögel treffen im Mai ein, nämlich der Drosselrohrsänger, dann die Nachtigall, die Wendehals, die Turmfalke, die Gartengrasmücke, der Fuluß und zuletzt die Nachtigall.

Bad Schmiedeberg. Feuer entstand am Sonnabend abends kurz vor 3 Uhr im benachbarten Bagdowig auf dem Gehöft des Anwarts Albert Götz. Der Brand war auf bisher noch nicht geklärt Weise in der mit Erdentopfen gefüllten Scheune entstanden und hatte sich bald auf ein anliegendes Stallgebäude ausgebreitet. Sämtliche in der Scheune untergebrachten Entensmaschinen fielen dem Feuer zum Opfer. Vieh konnte bis vielleicht auf einiges Kleinvieh gerettet werden. Die bad am Brandort entretenden Wehren konnten ein Ausbrechen des Feuers auf das Wohnhaus und angrenzende Nachbargebäude verhindern. Nachdem man so des Feuers Herr geworden war und alle Wehren bereits wieder abgerückt waren, erkündete jedoch um 1/1 Uhr die Schmiedeberger Feuerwehre. Wahrscheinlich durch Funkenflug und den sich inzwischen drehenden Wind war das Feuer auf die angrenzende Scheune und Stall des Landwirts Oswin Wierich übergegangen. Da die Wehren bald am Brandort wieder entlassen, konnte ein weiteres Ausbrechen des Feuers auf die Nachbargebäude verhindert werden, dies jedoch nur mit Mühe und Not, da die Wehren sehr unter Wassermangel zu leiden hatten und das Wasser in Jauchfässern aus den Nachbargebäuden und Minuten entfernt liegenden Dorfteich geholt werden mußte.

Der Einbrecher Mertens, der bekanntlich vor kurzem auf der Fahrt von Bitterfeld nach Wittberg aus dem Zuge entpungen war, konnte am Sonnabend in hiesiger Gegend wieder festgenommen werden. Mertens war am Vormittag im Sachziger Gehöft von zwei jungen Mädchen gesehen und erkannt worden. Der flüchtige Hofp mit einem Revolver auf die, verfehlte aber glücklicherweise sein Ziel. Die Mädchen veranlaßten sofort Meldung an den hiesigen Landjägermeister Vöhr, der sofort Schupobeamte von Wittberg anforderte und mit diesen sich gemeinsam auf die Suche machte. Mertens wurde bei dem Kesselreiter im Walde auch aufgefunden und als er nicht flieht, durch abgegebene Schüsse veranlaßt, daß er sich zu Boden warf. Er konnte dann festgenommen und in hiesigen Gewahrsam gebracht werden. Den geladenen Revolver hatte er noch bei sich.

Raja, 21. März. (Storch Wdebar auf Reisen.) Das Dienstmädchen eines hiesigen Gutsbesizers klagte über Schmerzen im Rücken, worauf sie die Verschickung zum Arzt schickte. Leider aber war der Gemeindevorsteher nicht zu Hause, um ihr einen Krankenchein auszustellen. Das Mädchen fuhr mit dem Rade deshalb nach dem Nachbargut, um die Eltern aufzusuchen. Unterwegs aber im Walde übergriff sie Freund Wdebar und brachte ihr einen kleinen Erdenbügel. Schnell entschlossen wickelte sie das Kind in die Unterleider und lief bis ins Elternhaus.

Dort angekommen sagte sie aber nichts, bis die Eltern erst durch das Geschrei des kleinen Erdenbügelers darauf aufmerksam gemacht wurden. Wie unbedacht von dem Mädchen; nur ein Wort, und die Herrschaft hätte sie doch sicher nach Hause gefahren.

Gegen das preussische Landwirtschaftskammer-Gesetz

Leipzig, 24. März. Die Industrie- und Handelskammer Leipzig hat an den Deutschen Industrie- und Handelsstag eine Eingabe gerichtet, in der es u. a. heißt: „Trotz des lebhaften Widerspruches der Wirtschaft habe die preussische Staatsregierung den Entwurf eines preussischen Landwirtschaftskammer-Gesetzes an den preussischen Landtag weitergeleitet, und er jetzt in der zuständigen Kommission näher beraten werde. Weil die schwereren Eingriffe in das Selbstverwaltungsrecht der Landwirtschaftskammer in der neuen Fassung des Entwurfs zu einem erheblichen Teil nicht beseitigt seien, hege die Industrie- und Handelskammer Leipzig Sorge, daß diese Eingriffe leicht auf die amtlichen Berufsvertretungen anderer Kreise und Länder ausgedehnt werden. Sie sehe sich daher veranlaßt, ihren Sorgen und ersten Bedenken auch gegen den neuen Gesetzentwurf Ausdruck zu geben. Sämtlich erweise die jetzt vorgesehene weitgehende und dabei betragslose Einbeziehung der Arbeitnehmer in die Landwirtschaftskammern nicht gerechtfertigt.“

Schweinegeographie.

Schweine-Überfluß- und Zuschußgebiete (in 1000 Stück)



Der große Schiffahrtstonzern.

Zur Fusion Spag-Blond.

Hamburg, 23. März.

Ueber die Vorgehensweise des benachbarten Zusammenschlusses Spag-Blond und über jene wirtschaftliche Notwendigkeit wird von einer aus Schiffahrtstrenten stets gut unterrichteten Seite u. a. geschrieben:

Nicht immer war eine solche Einigkeit wie in den letzten Tagen zu verzeichnen. Kurz nach dem Kriege sahen es, als ob die Sammlungs-Aktienbesitzer und der Norddeutsche Lloyd zusammengehen wollten. Als aber die Spag durch Vermittlung der Dormitöders und Nationalbank die Deutsch-Nordal und Kosmos-Linie und die von diesen Gesellschaften schon vorher gekaufte Sines-Linie übernahm, verfielen die Beschlüsse beider Gesellschaften. Die Verhandlungen wurden abgebrochen. Der Lloyd beantragte das Vorgehen der Spag mit Kündigung der Gemeinheitsbeschlüsse, der Ueberlieferung der Hamburg-Süd, der Veräußerung seiner Jadrinatlantiken und vor allem mit den Kesselbauern „Bremer“ und „Ginrop“. Die Spag nicht ebenfalls unterworfen werden sollte, als aber die Spag durch die Jadrinatlantiken von schönen kombinierten Fracht- und Passagierschiffen zu führen. Besonders durch den Umbau der Schiffe der Ballin-Klasse, die durch den Einbau neuer Maschinen die Kette über den Ocean in neuen Tagen zurücklegen, hat sie einen alten Anforderungen des Weltverkehrs genügt. Damit ergab sich die Situation, daß der Lloyd wohl in einer Linie im Verleihenverkehre die härteste Position, dagegen die Spag auf allen Linien sowohl im Verleihen als auch im Frachtverkehr eine gut ausgestattete Flotte besitzt. Die Spag wird durch die Fusion mit der Deutschen Post aufgegeben haben. Als letzter treibender Faktor kann noch die T. S. Schröder Bankfirma in Bremen bezeichnet werden, deren Ziel schon seit langem ein Hamburger-Bremer Schiffahrtstozern bildete.

Aus Nah und Fern.

Berlin. Berliner Verkehrsahlen im Februar. Am Monat Februar 1930 wurden auf den Verkehrsmitteln der Berliner Verkehrs-Gesellschaft insgesamt 99 593 415 Fahrgäste befördert. Davon entfielen auf die Straßenbahn 58 277 691, auf den Omnibus 20 377 049 und auf die Untergrundbahn 20 938 405 Personen. In dem gleichen Monat des Vorjahres wurden 108 022 828 Fahrgäste befördert. Die Vergleichszahlen sind folgende: Straßenbahn: 65 824 213, Omnibus: 18 366 671 und Untergrundbahn: 23 811 944 Personen.

Köln. Janien wieder verhaftet. Im Hauptbahnhof Köln wurde von der Kriminalpolizei, wie jetzt bekannt wird, der im Jahre 1928 vom Reichsgericht wegen Spionage zu zehnjährigen Jahren Zuchthaus verurteilte Schloßhüter a. Dr. Karl Janien, der seit längerer Zeit flüchtig war, wieder verhaftet. Janien, der im Zuchthaus Quirringhausen untergebracht war, war auf zwei Tage zum Begräbnis seines Sohnes nach Godesberg zururlaubt worden und auf der Rückfahrt zum Zuchthaus entwichen. Er hatte sich unter falschem Namen in verschiedenen Städten des Westens, so in Trier, Koblenz, Magden und in der Eifel, aufgehalten.

Allenburg. Todessturz aus dem Fenster. Ein 72 Jahre alter Mann hatte stürzte aus dem Fenster seiner im ersten Stockwerk gelegenen Wohnung auf den Hof und war sofort tot. Lange Krankheit hatte ihn schwermütig gemacht.

Allenburg. Pro Kopf 72 Mark Verwaltungskosten. Der Stadtrat verabschiedete den Haushaltsplan für 1930. Bei 49 Millionen Ausgaben liegt ein ungeordneter Fehlbetrag von 324 000 Mark. Die Bevölkerungszahl betragt allerdings einen Zufluß von 900 000 Mark. Bei Begründung des Etats wurde bekannt, daß jeder Einwohner Allenburgs allein für die Allenburg Stadtverwaltung 72 Mark jährlich aufbringen muß.

Leipzig. Auch der zweite Räuber verhaftet. Der durch die Flucht entkommene zweite Täter des Raubüberfalls auf einen Geldbriefträger konnte nunmehr festgenommen werden. Seine Verhaftung erfolgte in Halle. Es handelt sich um den 32-jährigen Bäckermeister C., der in Halle eine Bäckerei besitzt und stark verschuldet ist. Nach seiner Ueberführung nach Leipzig gelang es, die Tat mit dem bereits festgenommenen Kaufmann R. schon längere Zeit geläutert zu haben. Zur Tat hatten sich das Auto eines Fleischermeisters in Sennweitz geliehen, das aber am Fleischerplatz in Leipzig eine Panne bekam. Sie hatten dann das Auto einfach stehenlassen und den Raub ausgeführt. Der Betrag konnte nicht gefunden werden. C. behauptet die Tatde wesenswörtlich zu haben, als eine dritte Person inangekommen sei.

Leipzig. Schöft niedergebrennt. Das landwirtschaftliche Anwesen des Gutsbesizers Walter Sippel in Seibitzdorf, bestehend aus Wohnhaus, Stallung, Scheune und einem Schuppen, ist vollständig niedergebrennt. Dem Feuer fielen alle Futtermittel, Getreide und viele landwirtschaftliche Geräte zum Opfer. Der Schaden muß sehr groß sein, da der Eigentümer mit 65 000 Mark versichert war.

Rodach. Mit dem Rade tödlich verunglückt. Der 19-jährige Landwirt Albert Otto fuhr in der Nähe von Rodach mit dem Rade derb auf gegen einen Baum, das er lenkte. Ohne ersichtliche Verletzungen begab er sich nach Hause, er starb jedoch dort, wahrscheinlich an den Folgen einer inneren Verletzung.

Halle. Der Fall Bauer. Die polizeiliche Vernehmung des Privatdetektivs Peters ist jetzt abgeschlossen, er ist deshalb dem Untersuchungsgefängnis zugeführt worden. Der von Peters feinerzeit gestellte Haftentlassungsantrag wurde abgewiesen. Peters hat dagegen Beschwerde eingelegt, die vom Oberlandesgericht in Naumburg geprüft wird.

Müdenberg. Tödlicher Sturz. Im Tagebau der Rubing bei Klein-Leipzig stürzte der 53 Jahre alte Schlofer Peter aus Grimme bei Kasselagen aus einem ziemlich hohen ab und erlag im Krankenhaus seinen schweren Verletzungen.

Rosla. Stilllegung einer Zuckerrabrik. Die Zuckerfabrik Rosla wird auf Befehl der Generalversammlung, die unter Teilnahme von 300 Gesellen tagte, ihren Betrieb stilllegen, da die Fabrik aus Alters- und Kraft nicht weiter arbeiten kann. Die Gesellen müssen mit ihren Anteilen für die Resten des Werks haften. Es wurde gleichfalls die Auflösung der Gesellschaft beschlossen. Man will versuchen, mit einer benachbarten Zuckerrabrik ein Abkommen zu treffen, die unter gewissen Bedingungen bereit ist, die Resten zu übernehmen. Eine auf den 31. März einberufene weitere Generalversammlung wird endlich über die Auflösung Beschluß zu fassen haben.

Torgau. Erhöhung des Schulgeldes. In der letzten Stadtratsversammlung wurde beschlossen, das Schulgeld beim Gymnasium und Lyzeum für Einheimische von 200 auf 240, für Auswärtige von 250 auf 300 Mark und bei der Knabenmittelschule von 120 auf 132 für Einheimische und von 150 auf 164 Mark für Auswärtige zu erhöhen.

Zeitzau. Im Kino erschossen. In einem hiesigen Kinospieler hat sich ein 26 Jahre alter Bäckergehilfe Böbla aus bisher unbekannter Ursache selbst erschossen.

Reichenbach i. V. Einweihung des Krematoriums. Hier wurde das neu erbaute Krematorium im Südlichen Hauptfriedhof in Anwesenheit des Rates, der Stadtbürgermeister, der Geistlichen und sämtlicher prominenten Persönlichkeiten seiner Bestimmung übergeben. Die Weihenhandlung leitete Stadtrat Hehrich, der auch einen Rückblick über die Entstehungsgeschichte des Baues gab.

Rittersgrün. Anwesen niedergebrennt. Hier brannte das Neubauerische Anwesen, bestehend aus Wohnhaus und Scheune, bis auf die Umfassungsmauern nieder. Das Haus wurde von vier Familien bewohnt. In dem bergigen Gelände hatte die Feuerwehr sehr mit Wassernot zu kämpfen, da nur Brunnen zur Verfügung standen.

Dresden. Verunglückte Kinder. Auf der Werberstraße in Göbzig wurde ein 8 Jahre altes Schulmädchen von einem Kraftfahrzeug überfahren und erlaidlich verletzt. Das Kind mußte ins Friedrichsrieder Krankenhaus gebracht werden. In einer Wohnung auf der Gieschüler Straße hatte sich ein flüchtiges Kind, Leuchtgasvergiftung erlitten, gegessen, konnte jedoch nach Anwendung des Sauerstoffapparates ins Leben gerufen werden.

Eine Woche Gefängnis für einen Straßenbahnfahrer. Eigentlich war es eine Lappalie, die einen 41 Jahre alten Automobilisten aus Dresden vor die Strafen des Schöffengerichtes brachte. Gelegentlich einer Straßenbahnfahrt wurde dem Angeklagten das Feld 10 einer Ampelstraße durch einen Kontrollor mit Zinnenlicht entwertet, da der Schöffner mit dem Knipsenagel stark beschäftigt war, und der Fahrgast den Wagen bald verlassen wollte. Zu Hause rabierte der Angeklagte die Strafe des Tintenstiftes weg. Am nächsten Tage benutzte er das Feld zu einer weiteren Fahrt auf der Straßenbahn. Dabei wurde die Fälschung entdeckt, und so kam es, daß er sich nun wegen gewinnwirtschaftlicher Urkundenfälschung in Tateinheit mit Betrug zu verantworten hatte. Das Gericht verurteilte ihn zu der gesetzlichen Mindeststrafe von einer Woche Gefängnis.

Bücher- und Zeitschriftenschau.

Fred Hildensbrandt hat einen neuen Roman „Schmetterling im weißen Farn“, dessen Abdruck im „Freiwort“ von „Westermann Monatsheften“ beginnt. Der Schmetterling ist ein amüsiges junges Mädchen, das weißt gar trägt, ein Schmetterling, der in seinen fortgeschrittenen Tagen gern noch heiraten möchte. In einer Zeitfahrt findet er eine Anzige Mariens: „Weißmiesler mit einem Brimmarer geist.“ Er kommt trotz seines Alters auf den Gedanken, auf das Anzige einzugehen, obwohl er flüchtig keine Gegenliebe zu finden. In einem Romaner steht der Schriftsteller das Mädchen und ist von ihrer Anmut überzogen. Die Konfession, die sich nun durch Unverständnis der Alter anbahnen, finden eine mehrertheilte Schilderung.

Um weitere Erzählungen, die eine von Hans Heinrich Orlert „Räthgen“ und die andere von Heinz Stagemat, „Der tolle Magister“ sind in dem Heft enthalten. Ferner wird das Problem eines Eigenmordanschlusses behandelt, bei der herrschenden Wohnungstrennung gemäß ein aktuelles Thema, das ebenfalls interessant ist, wie der Muffel über Verbrechen der Gegenwart, die sich als Anzige einzeichnen, obwohl er flüchtig keine Gegenliebe zu finden. In einem Romaner steht der Schriftsteller das Mädchen und ist von ihrer Anmut überzogen. Die Konfession, die sich nun durch Unverständnis der Alter anbahnen, finden eine mehrertheilte Schilderung.

Das erste Heft des neuen Vierteljahres eignet sich durch den Romananfang besonders zum Bezug der Zeitschrift. Es ist noch betont, daß der Verlag von Westermann Monatsheften 1930 2-beträgt, nicht wie vielfach irrtümlich verbreitet 3-2-beträgt. Gemäß einer Vereinbarung mit dem Verlag erhält jeder Leser ein Probeheft von „Westermanns Monatsheften“ mit 50 ein- und fünfzigfachen Bildern und eine Probezeit des Westermanns Monatsheften gegen Entlohnung von 30 Bfg. an den Verlag von Westermanns Monatsheften Braunschweig.

Konfirmationskarten

in großer Auswahl und neuesten Mustern
Billigste Preise
Nameneindruck schnellstens
R. Arnold, Buchhandlung und Buchdruckerei
Leipziger Straße 64/65

Bekanntmachung.

Das Verfahren zum Zwecke der Zwangsversteigerung des in Lubitz belegenen, im Grundbuche von Lubitz Band II Artikel 58 auf den Namen des Maurers Ernst Schulze in Kemberg eingetragenen Grundstücks wird auf Antrag des betreibenden Gläubigers einstweilen eingestellt.

Der auf den 27. März 1930 bestimmte Termin fällt weg
Kemberg, den 20. März 1930

Amtsgericht

Kirchensteuern,

welche für das am 31. März d. J. abgelaufene Steuerjahr noch nicht bezahlt sind, müssen nun umgehend entrichtet werden.

Der Gemeindefiskusrat

Volkswohl-Lotterie

für soziale und kulturelle Zwecke
Ziehung:

10. bis 16. April 1930

Gewinne im Werte von 430000 M.

- 2 Hauptgewinne Zwei: vollständig eingerichtete Landhäuser im Werte von je 50000 M.
- 2 Prämien Zwei Landhäuser im Werte von je 25000 M.
- 2 Hauptgewinne: Zwei Landhäuser im Werte von je 20000 M.
- 2 Hauptgewinne: Zwei Reisen um die Welt im Werte von je 10000 M.

Auf Wunsch 90% in bar

Los 1 M., Doppellos 2 M.

Zu haben bei

Richard Arnold, Buchhandlung, Leipzigerstr.

Mein reichhaltiges Lager

in
Weinen

Weiße, Rot-, Süß-, Frucht- sowie Spirituosen aller Art

halte ich in besten Qualitäten zu denkbar niedrigsten Preisen ganz ergebenst empfohlen

C. G. Pfeil

Jüngere
hochtragende Kuh

verkauft Wollschläger, Splan

Eckendorfer
Rübenkerne

gelbe und rote
— 1. Abfaat vom Original —
Seradella
1a. feines Rotkle
Lobbericher Möhrenfaat
Weißerübenfaat
Sommerwicken
Senffaat
Sommerrüben
Rietenspörgel
Ackerspörgel
Steckzwiebeln

Gemüse und Blumen-
Sämereien
frisch eingetroffen bei
J. G. Glaubig

Auto-Vermietung

mit neuer Chevrolet-Vimouline 5spig

Geschäftlicher Wagen für

Hochzeits-, Kindtaufs- und Bergungsfahrten

führt zu jeder Tages- und Nachtzeit aus

Fr. Bösch, Kemberg

Telefon 355

Prima junges
Kind- und Hammelfleisch
frische Flecke
empfiehlt
Nich. Krausemann Nachf.
Inb. Heinrich Schneider

Prima frisches
Kindfleisch
empfiehlt
Willy Käb
Empfehle
morgen Dienstag früh
8 Uhr
Speck-Ruchen
Hermann Busch

Dienstag
von 2 Uhr ab
frisch. Zaitenbrezeln
D. Herrmann, Bäckerei

Grüne Heringe
frisch eingetroffen
Pfund 18 Pfennig
bei
J. G. Glaubig

Dienstag früh empfiehlt
frischen Schellfisch
grüne Heringe
und
frische Ränderwaren
Emma Heinicke

Dienstag früh wieder
billiger
Schellfisch-Verkauf
Pfund 30 Pfg.
Paul Wierzbische

Zahn-Atelier
Fr. Genzel
Dentist.

Vollst. schmerzlhinderndes
Zahnziehen
Plombieren in Gold, Silber
und Kupferamalgam
Anfertigung künstlicher
Zähne in Kaufschub, Gold u.
meisten Metallen, sowie
Kronen, Brückenarbeiten
und Stützähne.
Reparaturen werden schnell-
stens ausgeführt.

Küchen-Kanten
empfiehlt
Richard Arnold

**Meine besonders billigen
Gardinen-Preise**
und
meine erstaunlich reichhaltige Auswahl
machen es Ihnen leicht, Ihre Fenster für die Festtage mit
modernen Gardinen neu auszustatten.
**Einzelne Fenster und Elamine-Gardinen
weit unter Preis.**
Wilhelm Weydanz

Stadttheater Wittenberg
Am **Sonnabend, den 29. März**, abends 8 Uhr
im **Hotel „Blauer Hecht“**
die herrliche Kostüm-Operette in 3 Akten von Fritz Hartmann
Das Mädel vom Rhein
Regie: Spielleiter Paul Böttcher.
Musikalische Leitung: Direktor Richard Walter.
Hauptschlagler: „Mädel, ich bin Dir so gut“,
„Und sollt' ich im Leben ein Mädel mal frei'n“.
In den Hauptrollen: Hiddi Berlinsti, Mizzi Durst, Willi Reibold, Paul
Böttcher, Otto Knappe und Curt Weisner.
Eintrittspreise: 1,80, 1,50, 1,— RM. und 60 Pfg.
Vorverkauf in der Buchdruckerei Richard Arnold.

Zur Konfirmation
empfiehlt
**Feinste geröstete Kalle's
Gemüse- und Früchte-Konserven**
Rot- und Weissweine
Weinbrände und Liköre
Konfirmationskarten
in allen Preislagen
J. G. Glaubig

Fleischer-Lehrling
mit guter Schulbildung sucht sofort
oder Ostern
Ernst Albrecht, Fleischermeister
Wittenberg, Mittelstraße 19

Hotel
„Palmbaum“
Voranzeige
Sonntag, den 30. März
Frühlings-Fest

Zweifamilien-Haus
passend für Beamte im Ruhestande
u. s. w. wegzugsfertig sofort zu ver-
kaufen
Rafith Nr. 37

Butterbrotpapier
in Rollen
empfiehlt
Richard Arnold

Gesangbücher
empfiehlt in reicher Auswahl
Richard Arnold

Bürger-Berein
Morgen Dienstag, abends 1/9
Uhr, im Blauen Hecht
Bersammlung
Der Vorstand

Willkommene
**Konfirmations-
Geschenke**

Brief- und Aktenmappen
Portemonnaies
Handtaschen

Toilette- und Manicurekästen | Handschuh-, Taschentuch- und
Reise-Necessaire | Kragenkästen
Toilette- und Taschenspiegel | Nähkörbe und Nähkästen

Brief- und Kartenkassetten
mit und ohne Namensdruck

Konfektörbchen | Bonbonieren

Richard Arnold
Buch- und Papierhandlung
Kemberg - Leipziger Straße 64

Redaktion, Druck und Verlag: Richard Arnold, Kemberg — Fernsprecher Nr. 203.



Kemberger Zeitung

normals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagsblatt“ und „Altkrieger-Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 M., durch Post ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Am Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung, Streik usw. ersicht jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreise: Die Hauptseite Preiszeile oder deren Raum 15 Pfg., die abgepaltene Reklamezeile 40 Pfg., Zusatzstiftgebühren 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiedergabe unentgeltlich geschrieben oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird kein besonderer Zuschlag übernommen. / Beleggebühren: 10.— Mk. das Kausend, zusätzlicher Postgebühren. / Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 35

Dienstag, den 25. März 1930

32. Jahrg.

Die eingeleitete

Rattenbekämpfung

fann nur nachhaltig wirken, wenn die vollständige Beseitigung des Ungeziefers gelingt. Das bakteriologische Institut bei der Landwirtschaftskammer in Halle hat sich verpflichtet, auf allen noch nicht rattenfreien Gehöften nochmals Rattengiftpräparate auslegen zu lassen und zwar unentgeltlich.

Die in Frage kommenden Gehöfseigentümer bitten wir, Meldungen bis spätestens zum 29. März in der Stadtkasse zu erlassen.

Kemberg, den 21. März 1930.

40) Die Polizeiverwaltung

Donnerstag, den 27. März, 14 Uhr.

Mütterberatungsstunde

im Bürgerklub

Kemberg, den 21. März, 1930.

41) Der Magistrat.

Neues in Kürze.

* Sowohl die englische als auch die französische Presse geben unerschöpflich der Meinung Ausdruck, daß die Londoner Konferenz endlich gelöst sei.

* Auf dem kürzlich abgelaufenen der christlichen Zentrumspartei machte Reichsminister Dr. Brüning bemerkenswerte Ausführungen über die Moratoriumsmöglichkeiten beim Youngplan.

* Deutschlands Sondererlöse für die WZJ. betragen für das Jahr 1930 mindestens 62,5 Millionen Reichsmark.

* Alle Demenits zum Trug scheint es noch zu einem endgültigen Befehlungen der beiden größten deutschen Schiffbauunternehmen, des Norddeutschen Lloyd und der Harpag, gekommen zu sein.

Das deutsche Ostprogramm.

Die Durchführung des deutschen Ostprogramms ist auf zehn Jahre bemessen, und die Hilfsmaßnahmen sollen unter finanzieller Beihilfe des preussischen Staates ins Werk gesetzt werden. Insgesamt sind dafür 300 Millionen als notwendig anerkannt worden, von denen erstmalig im Etat 1930 22 Millionen eingelegt worden sind.

Die Hilfsaktion soll sich in der Hauptphase im Rahmen der Ostpreußenhilfe aus dem Jahre 1929 abspielen und neben Ostpreußen die vier pommerischen Kreise Lauenburg, Bütow, Stolp und Rummelsburg, die Kreise Jütlichau-Schwiebus und Friedeberg, Landsberg und Arnswalde der Provinz Brandenburg, die ganze Provinz Grenzmark-Bohnen-Westpreußen, die niederbayerische Kreise Gubrau, Mühlfisch, Ranslau, Groß-Wartenberg, Glogau, Preßnitz und Grünberg, sowie ganz Oberschlesien umfassen. Im Nordwesten Deutschlands treten noch die Landkreise Südnord- und Hünzburg und der Stadtkreis Hünzburg hinzu. Darüber hinaus soll Preußen veranlaßt werden, sich besonders der Not im Waldenburger Revier anzunehmen.

Die Landwirtschaft gilt als das Schlüsselgewerbe der ostdeutschen Volkswirtschaft. Dementsprechend wird sich die Hilfsaktion vorwiegend mit der Behebung der Notlage der Landwirtschaft befassen. In erster Linie ist eine Umschuldungsaktion als notwendig bezeichnet worden, und zwar in gleicher Höhe wie die Umschuldungsaktion für Ostpreußen im Jahre 1929. Ferner soll die in Ostpreußen mit der Umschuldung verbundene Förderung von Rindfleisch und Anliegerbildung auch für die genannten Gebiete weitergeführt und vergrößert werden.

Sodann ist eine großzügige Kredit- und Grundstücksregulierungshilfe für die diesseits des Korridors liegenden Grenzgebiete vorgesehen. Man erwartet, daß Preußen nicht nur angemessene Mittel aus den Domänen- und Fortankäufen bereitstellen, sondern auch Sättigungskäufe vornehmen und für diese, wie für die Instandsetzung von Landgütern Beträge bis zu 6 Millionen Mark aufbringen wird. Unter dieser Voraussetzung würde das Reich etwa 12 Millionen Mark an Zuschüssen und Bereitstellung von Reichsdarlehensmitteln von etwa 60 Millionen Mark sichern.

Für die Grenzmark-Bohnen-Westpreußen und Oberschlesien ist je eine Million etwa in Form vorläufiger Zuschüsse oder als niedrig verzinsliche Kredite zur Erhaltung bäuerlicher Betriebe vorgesehen. Den Grenzkreisen diesseits des Korridors soll ferner eine Lastenentlastung analog der in § 3 des Ostpreußenhilfsgesetzes zuteil werden. Die dafür in Aussicht genommenen Beträge von rund 7 Millionen sollen zur Ermöglichung kommunaler Laufen für die einzelnen landwirtschaftlichen Betriebe gewährt und an die mit der Kommunalverwaltung befaßten Stellen unmittelbar überwiesen werden. Die Lastenentlastung soll wie in Ostpreußen zunächst auf die Landwirtschaft beschränkt werden.

Die Grenzmark-Bohnen-Westpreußen und Oberschlesien leben besonders unter einem Verfall der Bauwirtschaften. Daher soll für diese Gebiete einmalig je eine Million zur Erhaltung dieser Wirtschaften bereitgestellt werden. Auch zur Instandsetzung von Abwässerungen in Stadt und Land besonders in Hinterpommern, in der Grenzmark-Bohnen-Westpreußen und im maurischen Seengebiet sollen für zehn Jahre größere Beträge verfügbar gemacht werden.

Neben allen diesen Maßnahmen sollen dann in zweiter Linie produktionsfördernde Hilfen angestrebt werden, und zwar in bezug auf Förderung des Unterrichtswesens, der Winterhilfen sowie der Betriebswirtschaften. Für die Pflege der Grünlandwirtschaft, die Förderung des Obst- und Gartenbaus, die Unterstützung des Meliorationswesens werden für die Grenzgebiete rund 13 Millionen benötigt. Weitgehende Verhinderung der Landarbeiterwohnungen dienen der Beschäftigung von Landarbeitern und der bevölkerungspolitischen Verhütung, was aus nationalpolitischen Gründen außerordentlich dringend erscheint.

Am Verkehren wird eine einschneidende Umstellung vorbereitet. Die bisherige Ost-West-Richtung ist durch den Korridor in eine Nord-Süd-Richtung geändert worden, zu der vorhandene Bahnen- und Straßennetze auch nicht im



Ministerialdirektor Menzel soll untersuchen.

— Berlin, 22. März.

Der Reichsminister des Innern hat an das Thüringische Staatsministerium in Weimar folgenden Brief gerichtet:

„Ihr Schreiben vom 20. März 1930 — RSt. 108/30 —, in dem Sie meine Anfrage vom 17. Februar 1930 beantworteten, und zu den Mitteilungen meines Schreibens vom 18. März 1930 Stellung nehmen, ist heute früh in meine Hände gelangt. Daß das letztgenannte Schreiben erst nach meiner Vertretung durch Rendant und Presse bei Ihnen eingegangen ist, beunruhigt mich nicht. Das Schreiben ist, wie der Stempel des Einlieferungszeichens ausweist, am 18. März um 20.00 bis 21.00 Uhr bei der Post aufgegeben, die Presse aber erst am 19. März mittags Nachrichtigt worden. Die Verbreitung durch den Rendant ist nicht veranlaßt.

Wenn Form und Inhalt meines Schreibens Sie außerordentlich befremdet haben und wenn Sie glauben, daß ein derartiges Vorgehen bisher im Verkehr zwischen Reich und Ländern nicht üblich war, dann habe ich zu erwidern, daß mein Schreiben nur die einzig mögliche Antwort darstellte auf das Vorgehen, das von dem Mitglied des Thüringischen Staatsministeriums beabsichtigt wurde und das in der Tat sich im Verkehr zwischen Reich und Ländern nicht üblich war. Meine Anfrage vom 17. Februar 1930 ist durchaus vertraulich behandelt habe, ist nicht nur veröffentlicht worden, sondern Staatsminister Fried hat in einer öffentlichen Bezeichnung dazu erklärt, daß ich auf eine Antwort lauern würde.

Es würde mich außerordentlich freuen, wenn Sie auch nur einen Augenblick dem Gedanken Raum gegeben hätten, daß die Reichsregierung sich eine derartige Behandlung gefallen lassen würde.

Daß ein Verstoß des Thüringischen Staatsministeriums, mein Schreiben vom 17. Februar 1930 beantworteten, nicht vorlag, hätten Sie Ihrem Minister des Staatsministeriums Fried mitteilen sollen, als Ihnen diese Mitteilung zugegangen wäre. Mein Anfrage vom 17. Februar 1930 ist ein rein privates Schreiben.

ministerium und nicht an Herrn Fried gerichtet und wenn Herr Fried die Beantwortung des Staatsministeriums — wie er es getan — weigert, dann lag es bei Ihnen, Herrn Fried gegenüber das Erforderliche zu veranlassen. Mir ist bekannt geworden, daß Sie Herrn Fried über die Sachlage befragt haben, und darum haben Sie sich in die Zwangslage gebracht, das Thüringische Staatsministerium mit Herrn Fried zu identifizieren.

Durch die Mitteilung Ihrer Feststellung über den Bau „Haber und Hallen“, mit der meine Anfrage vom 17. Februar in der Form unannehmlich beantwortet worden ist, ist zugleich der öffentliche Verkehr zwischen dem Thüringischen Staatsministerium und meiner Anstalt wiederhergestellt. Somit im Recht des laufenden Etatsjahrs für Thüringen noch Fondsmittele in Betracht kamen, können Zahlungen jedoch nicht mehr geleistet werden, da über die betreffenden Fonds inzwischen rechts veräußert worden ist. Ob und inwieweit im nächsten Etatsjahre Mittel aus Fonds meines Ministeriums zur Verfügung gestellt werden können, ist von der Beschlußfassung der eingehenden Kassenprüfer und der weiteren politischen Entwicklung abhängig.

Was die Frage angeht, ob die Voraussetzungen für die Bewährung eines Reichsdarlehens für Polizeizwecke von Seiten des Thüringischen Staatsministeriums noch vorliegen, so erkläre ich mich damit einverstanden, Untersuchungen zur Klärung dieser Frage anzustellen.

Als meinen Beauftragten zur Mitwirkung an dieser Untersuchung nach Artikel 7, 7. des Grundgesetzes beauftrage ich den Ministerialdirektor Menzel, den Leiter der zentralen Abteilung im Reichsministerium des Innern, den Sie von der Anberaumung eines Termins für den Beginn der Untersuchungen gemäßigt benachrichtigen wollen. Bis zum Abschluß der Untersuchungen bleibt es selbstverständlich bei der in meinem Schreiben vom 18. März mitgeteilten Anordnung.

Auf die Ausführungen im Schlußabsatz Ihres Schreibens eingegangen, liegt für mich umso weniger Anlaß vor, als die von Ihnen erwähnten Presseausführungen meine Aufstellungen nicht bekräftigen haben.

Ein Aufruf der Thüringer Regierung

+ Weimar, 22. März.
Das Thüringer Gesamtministerium erklärt einen Aufruf an das Thüringer Volk, in dem es u. a. heißt: „Als im Anfang dieses Jahres die Landesregierung die Regierungsgeschäfte übernommen hatte, gab sie das Versprechen ab, alles daran zu setzen, um die von der Mehrheit aller Thüringer gewünschte politische Selbständigkeit des Landes zu erhalten. Inzwischen sind wichtige Geleise zu der notwendigen Finanz- und Verwaltungsreform vorbereitet und dem Landtag angeleitet worden.“

In diesem Zeitpunkt strengster und verantwortungsvollster Arbeit um die Lebensinteressen des Thüringer Volkes unternimmt es der der sozialdemokratischen Partei angehörende Reichsinnenminister Seeger, ohne jede faire Begründung und unter Mißachtung der getroffenen Vereinbarungen in den gebetsförmigen Fortgang der Thüringer Regierungsgeschäfte einzugreifen und kündigt in einem Schreiben an die Landesregierung die Zurückhaltung von betragsreichen dem Lande zustehenden Mitteln an.

Wenn sich die Landesregierung mit dieser Vorgehensweise an die Öffentlichkeit wendet, muß sie sich in der Zurückweisung dieser Angriffe eins mit der heimatvertrauten Thüringer Bevölkerung. Sie bietet das Thüringer Volk um Gefolgschaft und Treue in dem letzten Willen, alle Angriffe auf die Ehre, das Ansehen und die Freiheit des Heimatlandes abzuwehren.

65 Millionen für die WZJ.

Deutschlands Sondererlöse.

— Berlin, 22. März.
Nach dem langer Verkommen hat sich die deutsche Regierung verpflichtet, während des Zeitraumes bis zum 31. März 1936 bei der Bank für internationalen Zahlungsausgleich ein unergänztliches Guthaben von 50 Prozent des verbleibenden Durchschnitts Guthabens des Reichsbankers-Ankulturskontos mit der Maßgabe zu unterhalten, daß dieses Guthaben 100 Millionen Mark nicht übersteigen darf. Die erste Einlage wird die deutsche Regierung 15 Tage nach dem Inkrafttreten des neuen Planes an die Bank zahlen.

Der Treuhändervertrag zwischen der Bank und den Gläubigerregierungen besetzt die Mindesteinlagen, die diese Regierungen auf dem Treuhänder-Ankulturskonto verbleiben lassen, mit 125 Millionen Mark. Alle diesen Betrag übersteigenden Einnahmen können von den genannten Regierungen abgehoben und bei der Bank vorzinslich oder sonstwie angelegt werden. Wie diese Bestimmungen sich in der Praxis auswirken werden, kann man zurzeit noch nicht übersehen.

Das Reich wird mindestens 62,5 Millionen einlegen haben, während die Höchsteinlage 100 Millionen Mark beträgt.

Es wird damit gerechnet, daß für 1930 die Anbringung eines Betrages von 65 Millionen Mark genügt. Für jeden Betrag ist deshalb, auch im Krisenfall, ein angeordnet. Für den Fall einer höheren Einlage ist im Haushaltsgesetz die Ermächtigung zur Erhöhung des Anleihebedarfs ebenfalls bis zum Höchstbetrage bis zu 100 Millionen Mark vorgesehen.